



Zum 25-jährigen Jubiläum wurde im Regionalmuseum mit einer Ausstellung an den Wendeherbst erinnert. FOTO: ANDREAS SEGETH/NK-ARCHIV

# „Wendemuseum“ soll Platz in Neubrandenburg finden

Von Jörg Franze

Die Stadt will sich darum bewerben, Standort einer geplanten Erinnerungsstätte an die friedliche Revolution 1989 zu sein. Rathaus-Chef Silvio Witt und die Protagonisten der Wendeherbstes haben dazu schon ziemlich konkrete Vorstellungen.

**NEUBRANDENBURG.** Die Stadt Neubrandenburg will sich beim Land Mecklenburg-Vorpommern als Standort für ein „Wendemuseum“ bewerben, dass die Zeit der friedlichen Revolution 1989 in den drei Nordbezirken der DDR widerspiegelt. Neubrandenburgs Oberbürgermeister Silvio Witt hat diese Absicht in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit angekündigt. Und auch einen möglichen Ort für diese Einrichtung hat die Stadt schon im Auge, wie der Rathaus-Chef am Mittwoch auf Nordkurier-Anfrage mitteilte. In der Darrenstraße stehe mit der ehemaligen Poliklinik der Polizei, die derzeit noch zum Teil von der Polizeiinspektion Neubrandenburg genutzt wird, eine landeseigene Immobilie in absehbarer Zeit zur Verfügung. Dieser Standort sei aus mehreren Gründen interessant,

sagte Witt unter anderem im Hinblick auf die in der Nähe liegende Johanneskirche, in der im Herbst 1989 Friedensgebete stattfanden und die als Ausgangspunkt für die erste Demonstration diene. „Neben seinem historischen Bezug ist er direkt im Stadtzentrum gelegen, in direkter Nähe zum Bahnhof und Busbahnhof. Dazu kommt auch die räumliche Nähe zum Regionalmuseum und zum Stadtarchiv und damit zu fachlicher Kompetenz und zusätzlichen Recherchemöglichkeiten.“ Ein Landesmuseum zur friedlichen Revolution könne nicht nur als Präsentationsort für Ausstellungsobjekte dienen, sondern auch Ausgangspunkt von Projekten zur politischen Bildung, vorrangig für Schüler, sein.

Die Stadt sei zu diesem Thema seit einigen Wochen auch unter anderem mit der Gruppe „Augenzeugen89“ im Gespräch, erklärte Witt weiter. In dem Verein haben sich Akteure der Wendezeit zusammengefunden, um an die Ereignisse im Herbst 1989 in und um Neubrandenburg zu erinnern. Die Stadt biete beste Voraussetzungen für einen Gedächtnisort, so Gerhard Stoll, zur Wendezeit Sprecher des Neuen Forums, und

nannte unter anderem das ehemalige Stasi-Gelände auf dem Lindenberg. Zudem sei der Widerstand in Neubrandenburg „sehr früh im Nordosten losgegangen“, auch dies spreche für die Viertorestadt. Es gehe allerdings nicht darum, wer Erster war, ergänzte „Augenzeuge“ Hans-Jürgen Schulz.

## Ein Denkmal mit Tafel abgelehnt

Die Mitglieder der Gruppe würden sich in eine solches Museum mit Originaldokumenten und persönlichen Erinnerungen einbringen, „solange wir die Kraft dazu haben“, sagte Schulz weiter. „Wir brauchen allerdings kein Denkmal mit einer Tafel dran“, machte er deutlich, dass die Wende-Protagonisten bestimmte Hoffnungen mit

dem Projekt verbinden. Mit der Suche nach einem Ort allein sei es auch nicht getan. Das Land, das die Einrichtung einer solchen Gedächtnisstätte beschlossen hat, müsse auch für die notwendigen Rahmenbedingungen, unter anderem die Finanzierung, sorgen.

Im Mai hatte der Landtag die Landesregierung beauftragt, unter Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Stasiunterlagen-Behörde Eckpunkte sowie ein Konzept für eine solche Stätte zu erarbeiten und möglichst bis 31. Mai 2018 einen Standort vorzuschlagen. Die Eröffnung ist im 30. Jubiläumsjahr des Mauerfalls 2019 vorgesehen.

**Kontakt zum Autor**  
j.franze@nordkurier.de



Demonstration auf dem damaligen Karl-Marx-Platz in Neubrandenburg

FOTO: MICHAEL THOMAS/NK-ARCHIV